

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgelegt.

Befellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Verzögerung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Ämliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 80 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwärzger und tabellarischer Satz mit Ausschlag.

Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen gegebener Umfangs werden tags vorher erdient.

Zeitung-Adresse: Zeitung Annaburgbesohle.

Nr. 132.

Donnerstag, den 5. November 1931.

34. Jahrg.

## Frankreich will Tribut und Garantien

### Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Zufriedenheit des Young-Ausschusses stark begrenzt. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, hat sich die Unterredung zwischen von Hoehsch und den französischen Ministern tatsächlich im wesentlichen auf einen Vergleich zwischen der Washingtoner Begegnung und die sich daraus in erster Linie ergebenden französischen Gedankengänge beschränkt. Die wichtigsten Gesichtspunkte lassen sich ganz kurz dahin zusammenfassen, daß Präsident Hoover auf Grund der französischen Vorstellungen und vermutlich auch innerpolitischer Erwägungen die einfache Verlängerung des Hoover-Festjahres aufgegeben hat. Da über die Notwendigkeit einer Neuordnung der Tribut- und Schuldfrage für die Dauer der Kriegszeit Übereinstimmung erzielt wurde, regt die französische Regierung jetzt eine

### Prüfung der deutschen Finanzlage und Zahlungsfähigkeit.

an. Dieser erste vorbereitende Schritt muß nach französischer Auffassung durch einen Sachverständigenausschuß durchgeführt werden, worfür wiederum nach französischer Auffassung, — der Young-Ausschuß auf Grund des Artikels 120 in Frage kommt. Es fragt sich nun, wie weit der Young-Ausschuß im Hinblick auf seine befristete Vollmacht überhaupt in der Lage ist, eine freie und umfassende Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorzunehmen. Die Reichsregierung hat auf den französischen Vorschlag zweifellos noch keine Antwort erteilt; sie wird nämlich zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Young-Ausschuß zur Durchführung der vorbereitenden Aufgabe geeignet erscheint.

Bevor dieser Plan weiter verfolgt wird, ist natürlich in Paris die Antwort abzuwarten, die die deutsche Regierung an die Adresse der Pariser Regierung auf den Bericht geben wird, den Herr von Hoehsch über seine gestrige Unterredung mit den französischen Ministern im Laufe der Dienststunde abgelegt und an die Reichsregierung beschieden hat.

Trotzdem werden aber von Paris aus die wichtigsten Entscheidungen auf Schauplatz außerhalb Frankreichs verlegt.

Man kennt in der Reparationsfrage den französischen Standpunkt, wonach Frankreich nur in demselben Maße nachgeben will, in dem Amerika einen Nachlaß der Schulden gewähren würde.

Von einer Neuvereinbarung, d. h. von einer Herabsetzung der ausschließlich in Frankreich verbleibenden ungeschuldeten Reparationszahlungen von rund 660 Millionen Mark, die offiziös bereits in Aussicht gestellt worden war, ist heute in der Öffentlichkeit nicht die Rede, vermutlich im Hinblick auf das in der nächsten Woche erfolgende Zusammentreten der Kammer.

Was die kurzfristigen Anleihen betrifft, wird darauf verwiesen, daß diese zum weitaus überwiegenden Teile von amerikanischen und von englischen Banken gewährt worden seien und daß es daher Sache Deutschlands sei, sich vor allem dorthin zu wenden. Natürlich ist man sich in Wahrheit darüber im Klaren, daß beratende Vereinbarungen ohne die Mitwirkung Frankreichs nicht zu erzielen sein werden.

Die gegenwärtige Sattlung Frankreichs und die Schwierigkeiten, die sich aus ihr ergeben, sind deshalb auch auf den Finanzmärkten bereits vorausgefühlt worden und drücken sich bei der Pariser Börse in einem Pfundkurs auf 94,625 aus, nachdem das Pfund während der ganzen Wahlperiode um 100 herum gehandelt worden war.

Heute also steht Frankreich, wenn man alle Neuheiten überblickt, Neuherungen, auf die zweifellos die französische Regierung bereits ihren Einfluß ausgeübt hat, wieder einmal auf dem Standpunkt, daß die gesamte Zukunft der Weltwirtschaft von deutschen poli-

tischen Garantien abhängt. Man wird also vorerst wieder einmal abwarten müssen, was sich Frankreich unter diesen deutschen Garantien vorstellt.

### Schwere Enttäuschung in Berlin.

Der umfangreiche Bericht des deutschen Vorkaufers v. Hoehsch, auf direktem Fernschreiber Paris—Berlin übermittelt, liegt, nunmehr beschliffen in der Wilhelmstraße vor. Am Mittwochvormittag versammelten sich daher in der Reichstagskammer die Mitglieder des Kabinetts, um den Bericht des Stänglers entgegenzunehmen und über die Maßnahmen zu beraten, mit denen man das Reparationsproblem jetzt weiter bearbeiten will.

Gegenüber der Öffentlichkeit übt die Reichsregierung äußerste Zurückhaltung und es hat den Anschein, als ob tatsächlich die für uns lebenswichtige und entscheidende Frage der Reparations- und Schuldregelung einseitigen unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit und vertraulich behandelt werden soll.

Trotzdem ist bereits jetzt die schwere Enttäuschung, die in der Wilhelmstraße angesichts des Ergebnisses der Unterredung Laval-Hoehsch beherstet, deutlich zu spüren. Der von unerbitterlichen Optimisten immer wieder mit Fanatismus aufgegriffene Gedanke einer „deutsch-französischen Verständigung“ ist jedenfalls vorerst in das Reich utopischer Zukunftsträume zurückgestellt.

### Rückkehr zum Young-Plan?

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen! Und der französische Ministerpräsident Laval wird nach seiner Rückkehr aus Washington seinen Ministerkollegen und seinem Parlament viel zu erzählen haben und für Frankreich Entscheidendes. Er kann vor allem damit zufrieden sein, daß er durch die Aussprache mit Hoover erreicht hat, daß Deutschland nur auf eine Weise sanfter werden soll, die Frankreich genehm ist. Frankreich hat hier Amerika gegenüber seine Wünsche durchgesetzt, denn dieses befiel zwar in der Verbindung der Reparationsfrage mit den interalliierten Schulden die Schlichtung, ist aber heute wegen seiner kurzfristigen Schulden in Frankreich schwächer als letzteres. Hoover hat sich in der Reparationsfrage jeder weiteren Initiative gegeben, und so braucht Frankreich sein zweites „So oder So“ mehr zu fürchten. Als Resultat ist zu bezeichnen, daß im Zentrum der Schulden- und Finanzfrage heute Frankreich steht und für Deutschland die Verhandlungen mit Frankreich. Der Rahmen, der dafür gezogen ist, ist jedenfalls nach Frankreichs Auffassung der Young-Plan. Die Reichsregierung wird also vor allen Dingen die Verpflichtung haben, die Welt von dem wüsten Zusammenhang des Young-Planes zu überzeugen. Daß Frankreich ein Interesse daran hat, bei einer Wiederverhandlung der Reparationslasten für Deutschland nach den Bestimmungen des Young-Planes zu verfahren, ist sehr erklärlich, denn alle Erleichterungen, die Deutschland gewährt werden könnten, würden doch jedenfalls die „ungeschuldeten“ Zahlungen unangenehm lassen, die Frankreich über seinen interalliierten Schuldenanteil hinaus erhält. Für Deutschland aber ist eine Rückkehr zum Young-Plan nach dem Ablauf des Hoover-Jahres ein Ding der Unmöglichkeit, denn es hat sich während dieses Jahres gezeigt, daß Deutschland auch ohne Reparationszahlungen nicht leben kann, geschweige denn dann, wenn die Belastung selbst ziffermäßig herabgesetzter Young-Zahlungen wieder einen vollständigen Stillstand ist über die zwischen Laval und von Hoehsch stattgefundenen Unterredung eine Stellungnahme naturgemäß noch nicht zu erhalten, da die Prüfung des ausführlichen Berichtes, den der Vorkäufer nach Berlin geschickt hat, noch nicht abgeschlossen ist. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die französische amtliche Verlautbarung, die unmittelbar nach Beendigung der zweitägigen Unterredung ausgeben wurde, sehr hart für den in neueren Gebrauch bestimmten gemeinen Mann sei, um so mehr, als eine weitere bahnbauartige Auslastung, die die Reantur Navas in den

frühen Morgenstunden des Mittwoch ausgab, eine etwas mildere Beurteilung zulasse. In der ersten amtlichen Verlautbarung ist bekanntlich die Rede von der Wiederherstellung der normalen Regelung des Young-Planes nach Ablauf des Hoover-Jahres. In der zweiten vollständigen Ausfassung wird jedoch betont, daß weiterereife bereits das Wort von der amtlichen Zahlungsfähigkeit in die Aussprache gekommen. Es heißt hier, daß der Sonderausschuß der V. J., eingebunden sei, der sich möglichst noch im Dezember oder Januar über die Zahlungsfähigkeit äußern solle. Der deutsche Standpunkt über die Einberufung dieses Ausschusses ist bekannt. Aufstellungen von zuständigen deutscher Seite, die kürzlich gemacht wurden, läßt erkennen, daß der Laval-Bericht bereits eine Entscheidung über die Lage für die Beurteilung der Sachlage abgebe und daß sich infolgedessen nach deutscher Ansicht die Einberufung des Sonderausschusses erübrige. Die deutsche Reichsregierung wird in ihrer Antwort an Paris zweifellos darauf hinweisen, daß, wenn schon der Sonderausschuß der V. J., die deutsche Zahlungsfähigkeit prüft, diese Unterredung dann die Gesamtergebnisse der V. J. Deutschlands nach in ungenutzten und ungenutzten. Dem Ausschuß, dessen Aufgabensicht nach den Bestimmungen des Young-Planes eng umgrenzt ist, muß demnach die Möglichkeit gegeben werden, alle Fragen der inneren und äußeren Verschuldung Deutschlands zu behandeln. Es geht nicht an, wenn die Frage als von der anderen getrennt bezeichnet wird. Dem in den Young-Planes, der neben den §§ 119 und 125 die Zuständigkeiten des Sonderausschusses umschreibt, muß infolgedessen nach Berliner Auffassung eine Auslegung gegeben werden, die im weitesten Sinne der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit gerecht wird. Alles in allem ergibt sich, daß eine weitere Klärung der Fragen, die zwischen Vorkäufer von Hoehsch und Ministerpräsident Laval besprochen worden sind, dringend notwendig ist.

### „Nichts mehr zu retten.“

Franklin Bouillon über die Auseinandersetzung mit Deutschland. Der bekannte Deutscheshafter und Abgeordnete Franklin Bouillon erklärte in einer Rede auf einer Tagung der Sozialen und radikalen Linien, es sei notwendig, auch in Frankreich zu einer Regierung des nationalen Aufbaus und Aufbaus überzugehen wie in England. Die bisherige Politik Englands und Amerikas hätte erfassend an den Abgrund geführt und letzteres vor die größten Schwierigkeiten gestellt. Dieser Politik sei auch der Young-Plan zum Opfer gefallen, und Deutschland weigere sich heute, auch nur einen Pfennig zu bezahlen. Ministerpräsident Laval habe zwar in Washington unbeschränkte Vollmachten erhalten, es sei aber unmöglich, zu retten, was einfach nicht mehr zu retten sei. Deutschland schulde heute 174 Milliarden Franc ohne die 40 Milliarden Tribune. Die französischen Banken hätten den Alliierten etwa 15 Milliarden vorgestreckt, und diese hätten sich beiläufig das Geld zu einem hohen Zinssatz in Deutschland unterverleihen. Heute verlange man von Frankreich, sich für diejenigen zu öffnen, die es bisher ausgeübt hätten. Deutschland habe einem in manchen Bankrot planmäßig herbeigeführt und verlange heute, einer ähnlichen zu organisieren. Frankreichs Alliierte müßten jedoch verstehen, daß es sich unmöglich in den Vordergrund stützen könne, den sie selbst getragen hätten.

### Mittrauensantrag gegen den preussischen Landwirtschaftsminister abgelehnt.

(238. Sitzung.) t. Berlin, 4. November. Der Preussische Landtag hat zu einer Abstimmung zusammen, um vor allem über den deutsch-nationalen Mittrauensantrag gegen den Landwirtschaftsminister Dr. Steiger abzustimmen. In Erledigung der Tagesordnung wird zunächst eine Reihe von Mittrauensanträgen angenommen. U. a. fand ein Antrag des Unterwiesenausschusses, wonach in den Schulen ausgeübte und schulpflichtige Schullehrer verboten und nur solche Reisen gestattet werden sollen, die nicht länger als drei Tage dauern. Nach einem angeschlossenem Antrag der Volkspartei sollen in den Schulen nur solche Filme gezeigt werden, die das gesunde Empfinden der Jugend nicht verletzen. Es folgt die Beratung des Berichtes des Untersuchungs-

ausschusses über die Personalpolitik im Staatlichen Landesamt. Als Redner (V. Bp.) legt als Berichterstatter die Feststellungen des Ausschusses zur Annahme vor. Darin heißt es u. a. daß seit April 1928 mehrere Fälle von partei- und ge-



wirtschaftspolitische Behandlung bei der Entwertung, dem Aufbau und der Weiterbeschäftigung von Angehörigen im statistischen Landesamt vorgenommen werden.

Ein deutlicher Anstieg der Zinsenminister und den Finanzminister herbeizuführen, wird gegen die Rechte abgelehnt. In der Ausdrucks erklärt Abg. Gerschlag (Zim.), die Deutschnationalen verlangen sofortige Entlassung Dr. Gals und aus dem statistischen Landesamt, da auch nach der Arbeit des Untersuchungsamtes eine Verbesserung in der Personalpolitik des Amtes nicht eingetreten ist.

Abg. Weimer (Zsp.) vertritt die Ansicht seiner Fraktion, daß entgegen den Forderungen des Untersuchungsamtes politische Gründe in der Personalpolitik des Landesamtes während der letzten Jahre nicht mitgeteilt hätten.

Hierauf wird die Ausdrucks zwecks Abstimmung über den deutschnationalen

#### Wirtschaftsantrag gegen den Land-

Dr. Steiger unterbreitet. Der Antrag wird mit 225 Stimmen der Regierungspartei gegen 179 Stimmen abgelehnt. Außer den Antragstellern stimmen für den Antrag die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Nationalsozialisten, die Deutsch-Hannoverscher und die Kommunisten. Während sich der Christlich-Soziale Volksbund in der Abstimmung nicht beteiligte, stimmten die beiden Volksrechtsparteien mit den Regierungsparteien gegen den Antrag.

In der fortgesetzten Ausdrucks über den Bericht des Untersuchungsamtes zur Personalpolitik im statistischen Landesamt gibt

Abg. Schamer (Zim.) über den Bericht aus, daß die parteipolitischen Tendenzen erst mit dem Eintritt Gals und Weimer in die Personalpolitik des Amtes getragen worden seien.

Abg. Weidereich (D. Wp.) wendet sich gegen den Vorwurf des Abg. Weimer (Zsp.), daß er als Berichterstatter nicht objektiv berichtet habe. Die Ergebnisse des Untersuchungsamtes sind eine einzige Verurteilung gerade der sozialdemokratischen Personalpolitik im statistischen Landesamt gewesen.

Abg. Kasper (Komm.) hebt hervor, die Forderungen des Untersuchungsamtes hätten nichts zutage gefördert als einen ekelhaften Streit aus der Parteipolitik der Sozialdemokraten und der bürgerlich-sozialistischen Front.

Abg. Großke (Wpt.) meint, das Ergebnis der Ausspracheverhandlungen könne als Schulbeispiel dafür gelten, wie es in öffentlichen Verhandlungen nicht auszuführen sei.

Abg. Stenel (Zsp.) erklärt die Unterbrechung des Ausschusses habe seine schließlichen Beschlüsse übertrieben.

Abg. Nibel (Staatspt.) Es komme jetzt darauf an, dafür zu sorgen, daß sich das Landesamt wieder seiner tatsächlichen Arbeit widmen könne. Dieser sei nicht nur von Interesse, sondern auch von rechtlich in diesem Amt gefordert worden.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit Stimmenmehrheit angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, 24. November.

### Der Beratungsplan des Preussischen Landtages.

Der neue Landtag im Dezember. Nach den Beschlüssen des Ausschusses ist mit der Preussische Landtag, nachdem er sich heute vertagt hat, zunächst vom 24. bis 28. November weitere Vollsitzungen abhalten. Als Hauptgegenstand wird die neue Geschäftsordnung beraten werden. Für Dezember ist ein Sitzungsbildnis vom 14. bis 19. Dezember in Aussicht genommen. In den ersten Tagen sollen wichtige Ausschüsse beraten werden, so die Untere und über die Notlage des Danzaberges. Vom 17. bis 19. Dezember soll der Landtag über die Notlage des Danzaberges beraten, um ihn sodann dem Hauptausschuß zu übermitteln.

### Schlechtes Geschäft bei der Reichspost.

Der Verkehr in fast allen Dienstleistungen zurückgegangen. Die Deutsche Reichspost verzeichnet ihren Verlust über das zweite Vierteljahr (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1931. Der Verkehr ist, mit Ausnahme der Postaufträge und der Postausgaben, die ein wenig zugenommen haben, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres in allen Dienstleistungen zurückgegangen, besonders stark im Paket- und Telegrammverkehr.

Die Postkonten vermehrten sich im Vergleichsperiode um 6252 auf 1.008.856. Im Auslandsverkehr wurden trotz der Abänderung des Zahlungsverkehrs noch 45 Millionen Mark überwiegen. Die Zahl der Kunden ist um 12.354 auf 3.731.948 erhöht, von denen 218.911 Inhabern — Blinden, Schwerhörigen, Krüppeln, Altersschwachen usw. — die Gebühren erlassen wurden. In den Monaten April bis Juni 1931 wurden 320 Schwärzungsrechtsträger verurteilt.

### Dörfliche ohne Preußen.

Anpassung an die veränderten Verhältnisse.

Das Dörflicheprogramm ist bisher nur eine Kette von Enttäuschungen für die auf Hilfe hoffenden Kreise gewesen. War zunächst die politische Befragung für die Durchführung erspörend, so hat nun die fortschreitende Krise die finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Programms zerstört. Es müssen neue Wege beschritten werden, um der bedrohten Wirtschaft des Ostens Hilfe zu bringen, soweit Hilfe nicht zu spät kommt.

Die schwere Befragung für die Dörfliche war das Gegeneinander von Reichs- und preussischen Stellen. Dieser Gegensatz soll nun nach Befragung der zuständigen Stellen durch die kürzlich erfolgte Ansprache zwischen dem Reichsminister und dem preussischen Ministerpräsidenten in der Weise beseitigt sein, daß die

Führung in der Dörfliche dem Reich allein überlassen bleibt. Die Vertreter Preußens scheiden aus der Dörfliche aus und die Preußenklasse hat sich in Zusammenhang damit aus der Dörfliche zurückgezogen. Die Rettung der Dörfliche soll dem neuen Reichsministerialrat Schönlank in den Händen überlassen bleiben, dessen Ernennung unmittelbar bevorsteht. Ob er auch als Minister in das Reichskabinett eintritt, steht noch nicht fest, aber auch das ist wahrscheinlich. Am obliegt nun die Aufgabe, die Dörfliche den veränderten Verhältnissen anzupassen.

### Internationale Desinfektantentagung.

Die Internationale Desinfektantentagung wurde in Prag eröffnet. Unter verschiedenen Titeln wurde zunächst ein Bericht über die allgemeine Desinfektantenfrage erlassen. Es wurde beschlossen, über die Verordnungen strenges Stillschweigen zu bewahren und erst am Schluß eine amtliche Erklärung auszugeben. Die Wp. ist durch die Vertreter von Österreich, Ungarn, Rumänien, Polen, Bulgarien und der Tschechoslowakei an der Tagung teil.

### Keine Intraffsetzung des polnischen Handelsvertrages.

Grundlegende Änderung der Verhältnisse. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß Polen bekanntlich erst im März d. J. den deutsch-polnischen Handelsvertrag ratifiziert habe. Polen habe sich also außerordentlich viel Zeit gelassen. Inzwischen hätten sich aber die Verhältnisse so grundlegend geändert, daß eine Intraffsetzung des Handelsvertrages durch Deutschland nicht gebacht werden könne.

### Hitler und Schleicher.

Die Pressestelle der nationalsozialistischen Reichspressestelle. Die Pressestelle der Reichspressestelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beschäftigt sich mit Gerüchten, die über die Unterbrechung Hitlers mit General von Schleicher in der Öffentlichkeit in Umlauf sind. Hitler läßt durch die Pressestelle folgendes erklären:

„Es ist unwahr, daß ich in der Unterbrechung mit Generalleutnant von Schleicher verhandelt hätte. Die SA, sofort nach der Regierungsübernahme reiflos aufgelöst und zu entlassen. Wahr ist, daß in keiner der beiden Unterbrechungen mit Generalleutnant von Schleicher oder mit sonst jemandem überhaupt die Rede von einer Auflösung oder Entlassung der SA war. Es ist unwahr, daß ich erklärt hätte, auf die Wesehung der Polizeipräsidentenposten in den hauptstädtischen Städten und Ländern zu verzichten und alle radikalen Elemente meiner Partei nichtstillschließen auszusprechen, insbesondere Dr. Götzel in seiner Weise zu irgendwelcher verantwortlichen Regierungsstelle heranzuziehen. Wahr ist, daß weder von der Wesehung der Polizeipräsidentenposten noch von der Ausschaltung der radikalen Elemente meiner Partei nach einer Verabredung oder Nichtverabredung von Dr. Götzels die Rede war.“

Es ist unwahr, daß ich weiter erklärt hätte, daß ich mir das Programm des Reichsverbandes der Industrie in jeder Beziehung zu eigen mache und den Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes unbedingt unterstütze. Wahr

ist, daß weder vom Programm des Reichsverbandes der Industrie noch vom Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich durch verschiedene Vertrauensleute Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen hätte und mich antäuflich des Beschlusses der französischen Minister in Berlin um eine geheime Unterbrechung mit Laval bemühte. Wahr ist, daß ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen habe. Wahr ist, daß ich mich um keine Unterbrechung mit Laval bemühte.

Unwahr ist demgemäß auch, daß ich meiner Presse eine Anberung ihrer Haltung Frankreich gegenüber befohlen hätte. Es ist weiter unwahr, daß ich als Termin für eine Regierungsbildung die 24. November bezeichnet hätte. Wahr ist, daß ich keinen Termin für eine Regierungsbildung genannt habe.“

### Die erschütterte englische Arbeiterpartei.

Starke Verluste bei den Gemeindevahlen.

Bei den englischen Gemeindevahlen erlitt die Arbeiterpartei genau die bei den Wahlen zum Parlament schwere Verluste. Nach einem vorläufigen Ergebnis hatten die Sozialisten in London 78 Sitze verloren, während die bürgerlichen Reformparteien 66 Sitze und die Unabhängigen 9 Sitze gewonnen hatten. In den Provinzen stellten sich die Gewinne der Konserverpartei auf 149 gegenüber fünf Verlusten, die Gewinne der Liberalen auf 26 gegenüber fünf Verlusten und die der Unabhängigen auf 46 gegenüber fünf Verlusten, während die Sozialisten nur fünf Gewinne und 206 Sitze verloren. Das Abgleiten der sozialistischen Stimmen war wieder am stärksten im nördlichen England. Derby, Birkenhead, Stoke, Aldham sind den Sozialisten wieder entrisen und in bürgerliche Verwaltung übergegangen. In Birmingham wurden fünfliche 24 Kandidaten der Sozialisten gefangen.

### Große Brände in Thüringen.

Mehr als 150 Arbeiter sind brotlos.

In Thüringen richteten mehrere Brände großen Schaden an. Durch ein Großfeuer wurde die Thüringer Cellulosefabrik in Stadtilm bis auf das Sockelhaus vernichtet. Der Brand gefährdete ein ganzes Stadtviertel.

Über 100 Arbeiter sind brotlos geworden. Bei Ausbruch des Feuers befand sich die Stadtilmer Motorfabrik gerade in Hettfeld, wo ein Geschäft in Flammen stand. Kurz nachdem die Umenauer Motorfabrik nach Stadtilm gerollt war, mußte sie zurückgezogen werden, da in Stadtilm ebenfalls ein Großfeuer ausgebrochen war. Der wurde die Fabrikarbeiterfabrik Urania vollkommen in Asche gelegt. Die Zahl der durch dieses Feuer brotlos gewordenen Arbeiter beträgt etwa 60. Über die Ursachen der Entstehung der Brände ist noch nichts bekannt.

### Zwei deutsche Schiffe verloren.

Ein Motorsegler untergegangen.

Mitte Oktober hatte der deutsche Motorsegler „Friede“ Straßburg mit einer Ladung Getreide für Dänemark verlassen, ist aber in seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Durch einen jetzt treibend aufgefundenen Rettungsring des Schiffes wurde die Befindlichkeit bestätigt, daß das Fahrzeug mit drei Mann der Besatzung in der Ostsee untergegangen ist. Die Leichen der Seeleute konnten noch nicht geborgen werden.

Eine Nacht im Sturm gestrandet.

Einem Sturm im Kanal ist die 3-Tonnen-Yacht „Große Freie“, in der zwei Deutsche, Hans Krieg aus Königberg und Heinrich Gesselmann aus Hannover, von Gherburg aus über Spanien nach Amerika und dann um die Welt segeln wollten, zum Opfer gefallen. Sie wurde auf Land gestrandet und zerstört. Die Yacht verloren einen großen Teil ihrer Habe, so daß zunächst einmal die englische Schiffbrüchigen-Gesellschaft für sie sorgen mußte. Die beiden Deutschen hatten während einer ganzen Nacht Wasser aus dem Boot schöpfen müssen, um es schwimmfähig zu erhalten.



Machen Sie einmal diese Probe-

- verreiben Sie etwas Ata zwischen den Fingern. Weich und angenehm fühlt sich das Pulver an. Das kann weder schrammen, kratzen, noch die Haut angreifen. Ja, in Ata haben wir ein Putz- und Scheuermittel von beispielloser Wirkung, ein Wunder an schäumender, reinigender Kraft. Mit Ata zaubern Sie im Nu Hygiene u. appetitliche Frische. Für Pfennige schenkt Ata Ihrem Heim spiegelnden Glanz u. strahlende Sauberkeit. Für wenige Pfennige den flinksten Helfer im häuslichen Reich. Wer kann Ihnen für so wenig Geld Gleiches bieten?

Der neue praktische Streusiebverschluss.

**ATA** Henkel's Putz- und Scheuermittel putzt und scheuert alles.

Hergestellt von den Persil-Werken.

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels











# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zougauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Ämliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 80 Goldpfennig, einchl. Umkreisener. Schwermiger und tabellarischer Satz mit Ausschlag.  
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehhelle.

Nr. 132.

Donnerstag, den 5. November 1931.

34. Jahrg.

## Frankreich will Tribut und Garantien

### Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Zufriedenheit des Young-Ausschusses stark begrenzt.  
Wie von zuverlässiger Seite verlautet, hat sich die Unterredung zwischen von Soest und den französischen Ministern tatsächlich im wesentlichen auf einen Bericht Laubach über die Washingtoner Begegnung und die sich daraus in erster Linie ergebenden französischen Gedankengänge beschränkt. Die wichtigsten Gesichtspunkte lassen sich ganz kurz dahin zusammenfassen, daß Präsident Hoover auf Grund der französischen Vorstellungen und vermutlich auch innerpolitischer Erwägungen die einfache Verlängerung des Hoover-Feierjahres aufgegeben hat. Da über die Notwendigkeit einer Neuordnung der Tribute- und Schuldentfrage für die Dauer der Kriegszeit Übereinstimmung erzielt wurde, regt die französische Regierung jetzt eine

### Prüfung der deutschen Finanzlage und Zahlungsfähigkeit

an. Dieser erste vorbereitende Schritt muß nach französischer Auffassung durch einen Sachverständigenausschuss durchgeführt werden, wofür wiederum nach französischer Auffassung, — der Young-Ausschuss auf Grund des Artikels 120 in Frage kommt. Es fragt sich nun, wie weit der Young-Ausschuss im Hinblick auf seine beabsichtigten Vollmachten überhaupt in der Lage ist, eine freie und umfassende Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit vorzunehmen. Die Reichsregierung hat auf den französischen Vorschlag zweifellos noch keine Antwort erteilt; sie wird nämlich zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Young-Ausschuss zur Durchführung der vorbereitenden Aufgabe geeignet erscheint.

Bevor dieser Plan weiter verfolgt wird, ist natürlich in Paris die Antwort abzuwarten, die die deutsche Regierung an die Adresse der Pariser Regierung auf den Bericht geben wird, den Herr von Soest über seine gestrige Unterredung mit den französischen Ministern im Laufe der Dienststagnation abgab und an die Reichsregierung beschied hat.

Trotzdem werden aber von Paris aus die wichtigsten Entschcheidungen auf Schauplatz außerhalb Frankreichs verlegt.

Man kennt in der Reparationsfrage den französischen Standpunkt, wonach Frankreich nur in demselben Maße nachgeben will, in dem Amerika einen Nachlass der Schulden gewähren würde.

Von einer Neuvereinbarung, d. h. von einer Herabsetzung der ausschließlich in Frankreich verbleibenden ungeklärten Reparationszahlungen von rund 660 Millionen Mark, die offiziell bereits in Aussicht gestellt worden war, ist heute in der Öffentlichkeit nicht die Rede, vermutlich im Hinblick auf das in der nächsten Woche erfolgende Zusammentreten der Kammer.

Was die kurzfristigen Anleihen betrifft, wird darauf verwiesen, daß diese zum weitaus überwiegenden Teile von amerikanischen und von englischen Banken gewährt worden seien und daß es daher Sache Deutschlands sei, sich vor allem dorthin zu wenden. Natürlich ist man sich in Wahrheit darüber im Klaren, daß beratliche Vereinbarungen ohne die Mitwirkung Frankreichs nicht zu erzielen sein werden.

Die gegenwärtige Sattlung Frankreichs und die Schwierigkeiten, die sich aus ihr ergeben, sind deshalb auch auf den Finanzmärkten bereits vorausgefühlt worden und drücken sich bei der Pariser Börse in einem Pfundkurs auf 94,625 aus, nachdem das Pfund während der ganzen Wahlperiode um 100 herum gehandelt worden war.

Heute also steht Frankreich, wenn man alle Neuereignisse überblickt, Auergerungen, auf die zweifellos die französische Regierung bereits ihren Einfluß ausgeübt hat, wieder einmal auf dem Standpunkt, daß die gesamte Zukunft der Weltwirtschaft von deutschen poli-

tischen Garantien abhängt. Man wird also vorerst wieder einmal abwarten müssen, was sich Frankreich unter diesen deutschen Garantien vorstellt.

### Schwere Enttäuschung in Berlin.

Der umfangreiche Bericht des deutschen Vorkassiers v. Soest, auf direktem Fernschreiber Paris—Berlin übermittelt, liegt, nunmehr beschliffen in der Wilhelmstraße vor. Am Mittwochvormittag versammelten sich daher in der Reichstanzlei die Mitglieder des Kabinetts, um den Bericht des Kassiers entgegenzunehmen und über die Maßnahmen zu beraten, mit denen man das Reparationsproblem jetzt weiter bearbeiten will.

Gegenüber der Öffentlichkeit übt die Reichsregierung äußerste Zurückhaltung und es hat den Anschein, als ob tatsächlich die für uns lebenswichtige und entscheidende Frage der Reparations- und Schuldentregulierung einstweilen unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit und vertraulich behandelt werden soll.

Trotzdem ist bereits jetzt die schwere Enttäuschung, die in der Wilhelmstraße angesichts des Ergebnisses der Unterredung Laubach-Soest beherstigt, deutlich zu spüren. Der von unerbitterlichen Optimisten immer wieder mit Fanatismus aufgegriffene Gedanke einer „deutsch-französischen Verständigung“ ist jedenfalls vorerst in das Reich utopischer Zukunftsträume zurückgestellt.

### Rückkehr zum Young-Plan?

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen! Und der französische Ministerpräsident Laubach wird nach seiner Rückkehr aus Washington seinen Ministerkollegen und seinem Parlament viel zu erzählen haben und für Frankreich Entsetzliches. Er kann vor allem damit zufrieden sein, daß er durch die Ausrede mit Soest reich hat, daß Deutschland nur auf eine Weile werden soll, die Pariser Regierung hat sich reichlich bei hier Amerika gegenüber seine Mühen gesetzt, denn dieses heißt zwar in der Vorbereitungsfrage mit den interalliierten Schlüsselstellung, ist aber heute wegen seiner Schulden in Frankreich schwächer als letzteres hat sich in der Reparationsfrage jeder weiteren begeben, und so braucht Frankreich sein zweites „Soest“ mehr zu fürchten. Als Resultat ist zu erwarten, daß im Zentrum der Schulden- und Finanzfrage Frankreich steht und für Deutschland die Verhältnisse mit Frankreich. Der Rahmen, der dafür gegeben werden soll, nach Frankreichs Auffassung der Young-Plan. Die Reichsregierung wird also vor allem die Verpflichtung haben, die Welt von dem wahren Standpunkt der Schuldentregulierung zu überzeugen. Frankreich ein Versteher daran hat, bei einer der Reparationslasten für Deutschland nach dem Young-Plan zu verfahren, ist sich, denn alle Erleichterungen, die Deutschland werden könnten, würden doch jedenfalls die ungeklärten Zahlungen unangenehmer lassen, die Frankreich in interalliierten Schuldentregulierung erweist, zumal aber ist eine Rückkehr zum Young-Plan dem Ablauf des Hoover-Jahres ein Ding der Unmöglichkeit, denn es hat sich während dieses Jahres daß Deutschland auch ohne Reparationszahlungen leben kann, geschweige denn dann, wenn die Welt sich ziffermäßig herabgesetzter Young-Plan wieder ansetzen würde.

In Berlin aufzufindender Stelle ist über die zwischen Laubach und von Soest stattgefundenen Unterredung eine Stellungnahme naturgemäß noch nicht zu erhalten, da die Prüfung des ausführlichen Berichtes, den der Vorkassier nach Berlin geschickt hat, noch nicht abgeschlossen ist. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die französische amtliche Verlautbarung, die unmittelbar nach Veröffentlichung der zweifelhafte Unterredung ausgegeben wurde, sehr hart für den in deren Gebrauch bestimmt gewesen sein muß, um so mehr, als eine weitere halbamtliche Auslassung, die die Reantur Laubach in den

frühen Morgenstunden des Mittwoch ausgab, eine etwas mildere Beurteilung zulasse. In der ersten amtlichen Verlautbarung ist bekanntlich die Rede von der Wiederherstellung der normalen Regelung des Young-Planes nach Ablauf des Hoover-Jahres. In der zweiten halbamtlichen Auslassung wird jedoch bemerkenswerterweise bereits das Wort von der deutschen Zahlungsfähigkeit in die Ausdrucksform gemessen. Es heißt hier, daß der Sonderausschuss der VVJ, einguberufen ist, der sich möglichst noch im Dezember oder Januar über die Zahlungsfähigkeit äußern solle. Der deutsche Standpunkt über die Einberufung dieses Ausschusses ist bekannt. Auslassungen von zukünftiger deutscher Stelle, die kürzlich gemacht wurden, ließen erkennen, daß der Young-Bericht bereits eine ausreichende Grundlage für die Beurteilung der Sachlage abgebe und daß sich infolgedessen nach deutscher Ansicht die Einberufung des Sonderausschusses erübrige. Die deutsche Reichsregierung wird in ihrer Antwort an Paris zweifellos darauf hinweisen, daß, wenn schon der Sonderausschuss der VVJ, die deutsche Zahlungsfähigkeit prüft, diese Unterredung dann die Gesamtschuldentregulierung Deutschlands nach innen und außen umfassen müsse. Dem Ausschuss, dessen Aufgabenskreis nach den Bestimmungen des Young-Planes eng umgrenzt ist, muß demnach die Möglichkeit gegeben werden, alle Fragen der inneren und äußeren Verschuldung Deutschlands zu behandeln. Es geht nicht an, wenn die Frage als von der anderen getrennt besprochen wird, dem § 120 des Young-Planes, der neben den §§ 119 und 125 die Zuständigkeiten des Sonderausschusses umschreibt, muß infolgedessen nach Berliner Auffassung eine Auslegung gegeben werden, die im weitesten Sinne der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit gerecht wird. Alles in allem ergibt sich, daß eine weitere Klärung der Fragen, die zwischen Vorkassier von Soest und Ministerpräsident Laubach besprochen worden sind, dringend notwendig ist.

### „Nichts mehr zu retten.“

Franklin Bouillon über die Auseinandersetzung mit Deutschland. Der bekannte Deutschenhasser und Abgeordnete Franklin Bouillon erklärte in einer Rede an einer Tagung der Sozialen und radikalen Linien, es sei notwendig, auch in Frankreich zu einer Negierung des Nationalen Zusammenstoßes überzugehen wie in England, Kanada und Amerika hätte geführt und letzteres vor die Welt. Dieser Politik sei auch Opfer gefallen, und Deutschland nur einen Pfennig zu bezahlen habe zwar in Washington erhalten, es sei aber unmöglich, es mehr zu retten sei. 74 Milliarden Franc ohne die französischen Banken hätten werden vorgeschrieben, und diese zu einem höheren Zinssatz in den. Heute verlange man von den zu prüfen, die es bisher aus habe einmal einen in n e n e eingeführt und verurteile heute, äßeren. Frankreichs Allierie es sich unmöglich in den Ab- selbst gegraben hätten.

### Gegen den preussischen Minister abgelehnt.

tt. Berlin, 4. November. Die g hat zu einer Resolution der den deutschen Nationalen Wirtschaftsausschusses abgestimmt. Die Resolution wird zunächst eine angennommen. U. a. sind Anleihen auszugeben, und schulpflichtige Schulpflicht verboten und nur solche Reisen gestattet werden sollen, die nicht länger als drei Tage dauern. Nach einem angenommenen Antrag der Volkspartei sollen in den Schulen nur solche Filme gezeigt werden, die das gesundheitsfittliche Empfinden der Jugend nicht verletzen. Es folgt die Beratung des Berichtes des Untersuchungs-ausschusses über die Personalpolitik im Staatlichen Bundesamt.

Abg. Heubrich (D. Bp.) legt als Berichterstatter die Feststellungen des Ausschusses zur Annahme vor. Darin heißt es u. a., daß seit April 1928 mehrere Fälle von partei- und ge-

